

II-495 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 350/J

1991 -01- 2 2

A N F R A G E

der Abgeordneten Langthaler und FreundInnen
an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie

betreffend Verbot von PVC

Seit Jahrzehnten wird vor den ökologischen und gesundheitlichen Gefahren, die von PVC ausgehen, gewarnt. Ein Verbot von PVC ist aus umweltpolitischer Sicht unbedingt erforderlich. Auch der Sachverständigenrat für Umweltfragen in der BRD hält ein PVC-Verbot für Verpackungsmaterialien für notwendig.

Aufgrund einer EntschlieÙung des Nationalrates wurde die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie im Jahre 1989 aufgefordert, eine Verordnung bezüglich des Verbotes von PVC für kurzlebige Konsumgüter und Verpackungsmaterial zu erlassen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie folgende

A N F R A G E

- 1) Wird daran gedacht ein PVC-Verbot für kurzlebige Konsumgüter und Verpackungsmaterial, gemäß der EntschlieÙung des Nationalrates, erlassen?
- 2) Wenn ja; bis zu welchem Zeitraum soll eine derartige Verordnung erlassen werden?
- 3) Wie rechtfertigt die Umweltministerin Ihr "Ignorieren" der Aufforderung des Parlaments?